

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 09/223 der Landtagsfraktion NRW
09.11.2009

GRÜNE fordern Beendigung der Salzeinleitung in Werra und Weser Remmel: Maßnahmenpaket unzureichend

Nach einer gemeinsamen Sitzung der Umweltausschüsse aus Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen am 09.11.09 im Landtag in Hannover haben die Vertreterinnen und Vertreter der Grünen-Fraktionen das Maßnahmenpaket der Firma Kali+Salz zur Reduzierung von Salzeinleitungen in Werra und Weser als völlig unzureichend bezeichnet.

Hierzu erklärt **Johannes Remmel MdL**, umweltpolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer:

"Die *Neue Integrierte Salzabwassersteuerung (NIS)* ist alter Wein in neuen Schläuchen. Sie bietet keine Zukunftslösung zur ökologischen Verbesserung der Flüsse. Das K+S-Maßnahmenpaket ist allenfalls ein erster Schritt und muss daher schleunigst nachgebessert werden.

Spätestens 2020 darf kein Salz mehr in Werra und Weser eingeleitet werden. Eine Salzpipeline zur Werra oder Weser lehnen wir Grüne als ökologisch fatal ab. Neben einer deutlich stärkeren Reduzierung der Kaliabwässer soll dafür eine ökologisch verträgliche Fernentsorgung in die Nordsee von allen Ländern ernsthaft geprüft und gegebenenfalls realisiert werden.

Es ist höchste Zeit, dass erste verbindliche Schritte zur Beseitigung der Versalzung von Werra und Weser unternommen werden. Über 100 Jahre wurden Weser und Werra als Abwasserkanal missbraucht. Damit muss jetzt Schluss sein."

Die Grünen-Sprecher stellten vor dem Treffen ein gemeinsames Positionspapier vor, das deutlich über die Vorschläge des Runden Tisches der Länder hinausgeht. Danach sollen vor der Erteilung weiterer wasserrechtlicher oder anderer Genehmigungen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Kaliabwässern ins Flussgebietsystem Werra/Weser, in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag aller Anrainerländer verbindliche Vereinbarungen getroffen werden. Die Grünen benennen folgende Punkte als Vertragsgegenstand:

- die Ziele der Abfallreduzierung
- die weiteren Schritte zur Absenkung der Grenzwerte und Mengen
- die Bedingungen für eine Ableitung der Salzabwässer in die Nordsee
- den Trockenversatz fester Rückstände unter Tage

- das Ende der Versenkung von Lauge in den Untergrund sowie
- die Übernahme der Kosten des Betriebs einer Fernpipeline durch den Verursacher.
- Die Kostenübernahme muss auch in der Nachbetriebsphase gerichtsfest gewährleistet sein.

Den Wortlaut der Erklärung finden Sie im Anhang.

Schädliche Salzeinleitungen in Werra und Weser bis 2020 vollständig beenden – Fernentsorgung in die Nordsee ernsthaft prüfen

Die bündnisgrünen Fraktionen in den Weseranrainerländern haben wiederholt ihre tiefe Sorge um die erhebliche Belastung von Werra und Weser durch Salzabfälle der Firma K+S geäußert. Ein Runder Tisch an dem neben den Bundesländern auch Umweltverbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften vertreten sind, hat bei seinen Beratungen mögliche Entsorgungswege diskutiert. Neben einer Reduzierung der Salzabfälle durch K+S wird über die Ableitung der dann noch überbleibenden Reste und die weiter über lange Zeiträume anfallenden Haldenabwässer über mehrere Varianten einer Salzabwasserpipeline an die Weser oder die Nordsee diskutiert.

Die unterzeichnenden Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen fordern die Landesregierungen auf, sich für folgende Ziele und Maßnahmen einzusetzen:

- 1. Die Landesregierungen sollen alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um jede dauerhafte Entsorgung der Salzabfälle der Kaliindustrie in Werra und Weser - auch über eine Pipeline an die Weser - zu verhindern.
- 2. Die weitere aktive Versalzung von Werra und Weser wird vollständig und schrittweise beendet, um die Flüsse wieder in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Dazu muss bis spätestens 2020 die Einleitung von Salzlauge in Werra und Weser vollständig eingestellt werden.
- 3. Beim Unternehmen K+S zu erreichen, dass der Anfall der Salzabfälle durch geeignete Maßnahmen weiter deutlich reduziert wird. Grundsätzlich ist insbesondere aus ökologischen und bergsicherheitstechnischen Gründen ein Trockenversatz fester Rückstände unter Tage vorzusehen. Die Grenzwerte und die Einleitungsmengen sind in Abstimmung zwischen den Anrainerländern in den nächsten Jahren schrittweise abzusenken. Die Verpressung in den Untergrund muss eingestellt werden. Damit darf keine Steigerung der Laugeneinleitungen in Werra/Weser verbunden sein.
- 4. Zum Schutz von Werra und Weser die Prüfung und Planung einer Fernentsorgung der Salzabfälle und eine Einleitung an ökologisch verträglichen Stellen in die Nordsee zu unterstützen, notwendige raumordnerische Voraussetzungen zu schaffen und Genehmigungen voranzubringen. Der Bau einer Nordsee-Pipeline soll bis 2020 auf Kosten des Verursachers K+S realisiert werden. Über das Ende des Kaliabbaus hinaus soll die Fernpipeline auch für die Sanierung der Kalihalden und des durch Haldenabwässer und Abwasserversenkungen belasteten Grundwassers genutzt werden.
- 5. Im Interesse eines transparenten Verfahrens soll der RUNDE TISCH "Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion" in Kooperation mit den Umweltausschüssen der Anrainerländer in sechsmonatigem Rhythmus die Fortschritte bei der Umsetzung aller Maßnahmen zur Reduzierung von Salzabfällen und Laugen begleiten und bewerten.
- 6. Vor der Erteilung weiterer wasserrechtlicher oder anderer Genehmigungen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Kaliabwässern, die das Flussgebietssystem Werra/Weser betreffen, sind in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag aller Anrainerländer und dem **!Unerwartetes Ende des Ausdrucks** Übernahme auch der Kosten des Betriebs einer Fernpipeline durch den Verursacher festzuschreiben. Die Kostenübernahme durch den Verursacher muss auch in der Nachbetriebsphase

gerichtsfest gewährleistet sein. Die Ergebnisse der Beratungen des Runden Tisches und seine Empfehlungen sind dabei zu berücksichtigen. Der Vertrag ist den Landtagen der Anrainerländer zur Beschlussfassung vorzulegen.

Fraktion in der Bremer Bürgerschaft

Fraktion im Landtag Niedersachsen

Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Fraktion im Landtag Hessen

Fraktion im Landtag Thüringen

Ansprechpartner

Johannes Rimmel (<http://www.gruene.landtag.nrw.de/cms/default/dok/142/142652@de.html>)